

DASL Arbeitsgruppe Europa

Kurzbericht zum Treffen der Arbeitsgruppe Europäische Stadt- und Raumentwicklung des DV in Berlin, am 5.5.2006 in Brüssel

Thema

Die Bedeutung der territorialen Kohäsion und Kooperation – Vorbereitungen für die deutsche Ratspräsidentschaft

Vorträge

Ziele der Deutschen Ratspräsidentschaft (Dr. Welf Selke, Ministerialrat, BMVBS)

Die Bedeutung der territorialen Kooperation aus ...

.... Sicht des Ausschusses der Regionen (Dr. Gerhard Stahl, Generalsekretär, Ausschuss der Regionen, Brüssel)

... Sicht des wirtschafts- und Sozialausschusses (Wolfgang Jungk, Leiter der Direktion B des Wirtschafts- und Sozialausschusses, Brüssel)

Erfahrungen mit dem INTERREG III Projekt PlanNet CenSE (Planer-netzwerk für Zentral- und Süd-Osteuropa) (Dr. Friedrich Schindegger, Direktor des Österreichischen Instituts für Raumplanung, Wien)

Ziele der Deutschen Ratspräsidentschaft 2007: Beschluss über die „Territoriale Agenda“

Bereits mit Beschluss über das EUREK 1999 hatten die zuständigen Minister entschieden, dieses Konzept im Licht der anstehenden EU-Erweiterung nach einer Weile zu überprüfen.

Nachdem über die ESPON-Forschung umfangreiche Ergebnisse zur Raumbewertung und Analyse vorliegen und über die INTERREG-Projekte Erfahrungen in der inter- und transnationalen Kooperationen gesammelt werden konnten, soll unter der Deutschen Ratspräsidentschaft in der ersten Hälfte 2007 (Mai 07 in Leipzig) die „Territoriale Agenda“ verabschiedet werden. Sie wird die Erfahrungen mit der territorialen Zusammenarbeit aus nationaler und europäischer Perspektive beleuchten und daraus Schlussfolgerungen für die weitere Ausgestaltung der EU-Strukturfonds im Hinblick auf die europäische transnationale Zusammenarbeit ziehen. Dabei sollen auch die Konsequenzen aus Lissabon- (globale Wettbewerbsfähigkeit) und Göteborg-Strategie (nachhaltige Entwicklung) betrachtet werden, in denen bisher die territorialen Aspekte vernachlässigt wurden.

Die „Territoriale Agenda“ ist das Ergebnis eines laufenden Beratungsprozesses der Minister (Start im Nov. 2004). Nach Zwischenergebnissen in den Präsidentschaften von Luxemburg, Großbritannien, Österreich, soll der Entwurf in Helsinki (26.11.2006) abgestimmt und im Mai 2007 in Leipzig beschlossen werden.

Die thematischen Schwerpunkte für die „Territoriale Agenda“ wurden unter der Luxemburgischen Präsidentschaft (2005) formuliert:

- Agglomerationen (dazu werden nicht nur die Metropolen, sondern auch Regionalzentren und Städteneetze gerechnet)
- Partnerschaften zwischen Stadt und Land
- Transnationale Cluster (Innovationsregionen)
- Transeuropäische Netze (TEN)

- Transeuropäisches Risikomanagement (Konsequenzen aus dem Klimawandel)
- Gebiete mit ökologischen und kulturellen Werten

Die „Territoriale Agenda“ ist, nach Ausführungen von Dr. Selke, nicht als eine Überarbeitung des EUREK zu verstehen, dieses soll in seinen Prinzipien weiter bestehen. Sie wird als „evidence based document“ bezeichnet, das mit analytisch belegten Ergebnissen arbeitet und aus diesen Politikempfehlungen vor allem für die Kooperation zwischen Regionen über nationale Grenzen hinweg ableitet.

Das BMVBS hat die Mitglieder der Arbeitsgruppe zur Stellungnahme zum Entwurf des Konzeptes eingeladen. **Ein entsprechender Beteiligungsprozess läuft im Juni 2006 an. Dann wird das Konzept vom BMVBS unter interessierten Fachleuten verteilt.**

Die Bedeutung der territorialen Zusammenarbeit aus Sicht des Ausschusses der Regionen

Dr. Stahl formulierte einen „Paradigmenwechsel“ in der Politik. Die nationale Ebene stelle zwar nach wie vor den „Ansprechpartner“ für die Institutionen der EU. Städte und Regionen seien aber über die Zeit zu den wesentlichen Partnern der Kooperationen geworden.

Im Zuge der europäischen und globalen (wirtschaftlichen) Entwicklung verlören nationale Strategien an Bedeutung. Er sieht in der Förderung von Strukturanpassung (durch die EU) den (einzigen?) zukünftig relevanten ökonomischen Einflussfaktor. Er sieht sich in dieser Einschätzung bestätigt durch Jane Jacobs, die bereits 1985 (!) „regions and local entities“ als „fundamental elements of economic development“¹ bezeichnet hatte.

Der Ausschuss der Regionen (AdR; CoR = Committee of the Regions) war mit seinem Engagement für die territoriale Kohäsion eine der treibenden Initiativen für die Aufnahme der „territorialen Kohäsion“ als Ziel in den Verfassungsvertrag.

Zum Thema „**Städtepolitik**“ (das auch Thema des Wissenschaftlichen Kolloquium der DASL am 12.5.06 ist) hat die Kommission ein Arbeitsdokument verfasst: „Kohäsionspolitik und Städte: Der Beitrag der Städte zu Wachstum und Beschäftigung in den Regionen“

http://europa.eu.int/comm/regional_policy/consultation/urban/index_de.htm

Eine kritische Auseinandersetzung mit der Politik der Kommission zu diesem Thema bietet eine AdR-Stellungnahme von Bürgermeister Michael Häupl, Wien. (Informationen dazu: http://www.cor.europa.eu/de/press/press_06_04046.html)

Die Bedeutung der territorialen Zusammenarbeit aus der Sicht des Wirtschafts- und Sozialausschusses

Auch Herr Jungk sieht diverse Paradigmenwechsel.

- Die Regionalpolitik der EU war, nach seinen Ausführungen, ursprünglich eine Antwort südeuropäischer Regionen auf die Agrarpolitik der EU (sie bekamen, obwohl sie arm waren keine EU-Förderung): über die Zeit konnte die Stärkung schwacher Gebiete (unabhängig von der Landwirtschaft) als generelles Ziel der EU etabliert werden. Mit der Lissabonstrategie verabschiedet sich die EU von der traditionellen Regionalpolitik: sie richtet sich nicht mehr auf die Stärkung der Schwachen, sondern auf die Stärkung der Starken (für den globalen Wettbewerb).

¹ Ich nehme an, es handelt sich um das Buch: „Cities and the Wealth of Nations“,

- Die Ansprechpartner für die EU-Institutionen sind grundsätzlich die Verwaltungen, in der Regel von Gebietskörperschaften (administrative entities). Deren Gebiete fallen in der Regel nicht zusammen mit Kooperationsgebieten / Regionen. Die Wirtschaft (als Faktor, der auch in der EU für Kooperationen an Bedeutung gewinnt) orientiert sich zunehmend auf Kooperationen und Netzwerke, die nicht mehr an administrativen Grenzen orientiert sind. Die administrativen Grenzen sind an diese Kooperationen nicht angepasst und können oft nicht angemessen agieren und reagieren.
Der Wirtschafts- und Sozialausschuss hält eine verstärkte Einbeziehung der privaten Wirtschaft in die Strukturpolitik und –Förderung der EU für erforderlich und damit eine verstärkte inhaltliche Auseinandersetzung und das Aufbrechen der Ausrichtung auf administrative Einheiten.
- Ca. 80 % der Einwohner Europas leben in weiträumigen städtischen Gebieten mehr als 60% davon in städtischen Gebieten > 50.000 EW²
Das mache deutlich wie wichtig es sei, die städtische Dimension in der EU-Politik zu berücksichtigen und zu stärken, nicht nur in der Kohäsionspolitik, sondern in allen Politikfeldern der EU und vor allem in der finanziellen Ausstattung.

Erfahrungen mit dem Interreg III Projekt PlanNet CenSE

Das Projekt will eine Plattform zur Diskussion räumlicher Entwicklungsszenarien für professionelle Planer in Osteuropa bieten.

Dabei wird u.a. die Entwicklung einer „New European Core Area“: Berlin, Warschau, Prag, Wien, Budapest als Gegengewicht zum PENTAGON thematisiert.

Nach Ausführung von Herrn Dr. Schindegger, sollen im Rahmen des Projektes gerade keine Planungs-Leitbilder entwickelt, sondern Prozesse dokumentiert und Netzwerke entwickelt werden. Es geht danach gerade nicht um die Formulierung eines „Planungszieles“, sondern um eine Vision, die bei zukünftigen konkreten Einzelentscheidungen im Hintergrund stehen könne. Diese Einzelentscheidungen können die Voraussetzungen zur Realisierung der Vision verbessern, die „Planung“ einer solchen Entwicklung sieht er als nicht möglich an.

Weitere Informationen zum Projekt unter: www.planet-cense.net

Vorschläge zur weiteren Arbeit

Mit Herrn Prof. Krautzberger ist abgestimmt, dass DASL AG sich mit dem Entwurf zur „Territorialen Agenda“ auseinandersetzen und ggf.in Abstimmung mit den beiden Kommunalen Spitzenverbänden eine Stellungnahme an das Ministerium erarbeiten könnte.

Ich werde das Entwurfspapier besorgen, wenn es Anfang Juli vorliegt.

Vor dem nächsten AK des DV (voraussichtlich im November 06) soll etwas Zeit für ein Gespräch der DASL Mitglieder vorgesehen werden, um deren Erwartungen an den AK zu diskutieren.

Interessierte der Landesgruppe wenden sich bitte an mich, wenn sie sich beteiligen möchten.

Wiebusch, 21.5.2006

² „Die Kohäsionspolitik und die Städte: Der Beitrag der Städte zu Wachstum und Beschäftigung in den Regionen“, Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen; Brüssel, 23/11/2005